



Presseinformation

Nr. 156/2004

Kiel, Freitag, 30. April 2004

Finanzpolitik/Haushalt 2003/Verfassungsklage

Wolfgang Kubicki, *MdL*
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, *MdL*
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, *MdL*
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, *MdL*

Joachim Behm, *MdL*

Günther Hildebrand, *MdL*

Veronika Kolb, *MdL*

Heiner Garg: „An der völlig verfahrenen finanzpolitischen Situation in Schleswig-Holstein wird sich nichts ändern“

Zur fortgesetzten Schuldenpolitik der rot-grünen Regierung unter Ministerpräsidentin Heide Simonis sagte der stellvertretende Vorsitzende und finanzpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Die Verfassungsklage der Union wird nach meiner festen Überzeugung dazu führen, dass das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe den Haushalt 2003 für verfassungswidrig erklären wird. An der völlig verfahrenen finanzpolitischen Situation des Landes und seiner schuldensüchtigen Regierung wird das aber nichts mehr ändern“, meinte der liberale Finanzexperte.

„Die Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins werden über die verfehlte Politik von rot-grün urteilen. FDP und CDU wird in 296 Tagen dann die Aufgabe zufallen, die Politik des Landes insgesamt auf eine neue verfassungsgemäße Grundlage zu stellen. Das ist unsere Aufgabe, die wir auch erfüllen werden“, stellte Heiner Garg abschließend fest.

www.fdp-sh.de